

Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft
und Beschäftigung -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 04. Februar 2009

Vorlagen-Nr. 08-F-24-0006

Einführung eines Bürgerhaushaltes

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 16.09.2008 -

Vorbemerkung:

Haushaltsentscheidungen der Stadtverordnetenversammlung haben zumeist unmittelbare Auswirkungen für die Bürgerinnen und Bürger der LH Wiesbaden. Deren Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Haushaltserstellung sind jedoch äußerst gering.

Ein 'Kommunaler Bürgerhaushalt' bietet die Möglichkeit, Bürgerschaft und Kommunalpolitik auch auf dem schwierigen Gebiet der Haushaltsaufstellung zu einem konstruktiven Dialog zusammen zu führen. Ferner hat die Verwaltung Gelegenheit, ihre Arbeit der Bürgerschaft zu vermitteln.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, Vorbereitungen für die Erstellung eines 'Kommunalen Bürgerhaushalts' für den Doppelhaushalt 2010 / 11 zu treffen. Vor Einleitung der nachfolgenden Maßnahmen ist ein Kostenrahmen für das Projekt 'Kommunaler Bürgerhaushalt' und entsprechende Deckungsvorschläge aus dem Dezernatsbudget zu benennen.

Der Bürgerhaushalt soll

- einen Überblick über den Gesamthaushalt und die einzelnen Bereiche mittels Broschüren, eines geeigneten Internet-Auftritts und Informationsveranstaltungen ermöglichen;
- eine Diskussion des Gesamthaushaltes und einzelner Bereiche mit den Bürgerinnen und Bürgern in Diskussionsveranstaltungen, über den Internet-Auftritt, bzw. mittels geeigneter Methoden zur Meinungserfassung zulassen;
- Rechenschaft gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern über von der Stadtverordnetenversammlung berücksichtigte und nicht berücksichtigte Maßnahmen geben.

Der Magistrat wird ferner gebeten,

- einen Projektverantwortlichen zu benennen, der zugleich Ansprechpartner für Politik, Verwaltung und Bürgerschaft ist;
- einen Zeit- und Aufgabenplan festzulegen, der den Projektverlauf bestimmt;
- regelmäßig dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung über den Sachstand der Umsetzung zu berichten.

Seite: 1/2

Beschluss Nr. 0048

Der Bericht des Magistrats (Dezernat I) vom 08.01.2009 wird zur Kenntnis genommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2009

Horschler Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin Wiesbaden, .02.2009

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Thiels

Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .02.2009

- 16 -

Dezernat I

mit der Bitte um Kenntnisnahme Dr. Müller

Oberbürgermeister

Seite: 2/2